

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Volksbuchhandlung
Kottlingen-Zürich.
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz stellen
Zerrenpost.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
vierteljährlichen Preis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Lohnband)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Lohnband)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).
Inserate
Die billigsten Preise
25 Cts. — 20 Rg.

Nr. 26.

Donnerstag, 22. Juni.

1882.

Preis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Die der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bzw. verboten ist, bzw. verboten ist, und die dortigen
Verboten ist alle Maße geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die höchste Rücksicht im Postwesen notwendig und
dort keine Rücksichtnahme bedürftig werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Quartalsforderung ist diese einseitig, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige
Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß
auch und möglichst unverdächtige Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich bereits größerer
Eigenschaftskennzeichnung. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Maße noch Regeln ignorieren, um trotz aller entgegen-
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Jubeln oder protestieren?

Alles, was Federn hat, fliegt hoch! Tauben fliegen hoch!
Spatzen fliegen hoch! Enten fliegen hoch! Haifische fliegen
— halt, hineingefallen, ein Pfand her!
Wer kennt nicht dieses geistreiche Pfänderspiel, an welchem
wir uns in unserer Jugend ebenso weiblich ergötzen, wie es schon
unser Großvater und Urgroßvater zu ihrer Zeit gethan! Es
kam uns jüngst wieder in's Gedächtnis, als wir das Steno-
gramm der „großen“ Rede des großen Kanzlers vom 12. Juni
d. J. in die Hand bekamen, diese Rede, deren Zweck weniger
darin bestand, das Tabakmonopol zu retten, als vielmehr zu den
demnachst stattfindenden Wahlen zum preussischen Landtag Stim-
mung für die Partei Bismarck sans phrase zu machen, und
welche in hundettausenden von Exemplaren ins Land geschleu-
dert, vom Landrath und seinen gefügigen Kreaturen bis in das
elendeste Kossäthendorf hineingetragen werden wird. In dieser
Rede kommt der Urheber des Sozialistengesetzes auch auf den,
allerdings sehr unbedeutenden Vorwurf zu sprechen, daß seine
Projekte sozialistisch seien, und da er weiß, wach' guten Klang
— Dank unserer jahrelangen Agitation — das Wort Sozialis-
mus in weitesten Kreisen des deutschen Volkes hat, so sucht er
mit dem schlaun Instinkt der ihm sonst so antipathischen Haus-
juden seinen guten Ruf für seine schlechten Waaren nutzbringend
zu verwirklichen, unter der Devise: So ein bißchen Sozialismus
macht sich ganz wunderschön! Seine krautjunkerlichen und schorn-
steinritterlichen Freunde wissen ja doch, wie es gemeint ist, und
singen zum Theil selbst mit: très aimable, Schneebereingengeng!
Sozialismus, sagt der 30fache Millionär, der Besitzer des
Sachsenwalbes, ei, warum denn nicht? „Sozialistisch sind viele
Maßregeln, die wir getroffen haben, die wir zum großen Heile
des Landes getroffen haben.“ — „Sie werden genöthigt
sein, dem Staate ein paar Tropfen sozialen Oeles im Rezept
beizugeben“; und darauf erfolgt nach dem Muster des obigen
„Alles fliegt hoch!“ ein ebenso geistreiches „Alles ist sozialistisch.“
„Sozialistisch war Herstellung der Freiheit des Bauernstandes;
sozialistisch ist jede Expropriation zu Gunsten der Eisenbahnen;
sozialistisch im höchsten Grade ist z. B. die Kommissation, die
Zusammenlegung der Grundstücke, die dem Einen genommen
werden — in vielen Provinzen ist das Gesetz — und dem Andern
gegeben, bloß weil der Andere sie bequemer bewirtschaften kann;
sozialistisch ist die Expropriation nach der Wassergesetzgebung,
wegen der Verinselung u. s. w., wo dem Einen sein Grund-
stück genommen werden kann, weil es der Andere besser bewirth-
schaften kann; sozialistisch ist die ganze Armenpflege, der Schul-
zwang, der Wegebau, indem ich auf meinem Grundstück einen
Berg für die Durchreisenden unterhalten muß. Das ist alles
sozialistisch.“
Sind das nicht alles sehr schöne Sachen? Bauernemanzipa-
tion, Expropriationsgesetz, Kommissationsverfahren, Bewässerungs-
gesetz, Armenpflege, Schulzwang, Wegebau u. s. w. Darum nur
ja keine Furcht, liebe Leute aus Stadt und Land, nur heran,
was ich führe, ist gute Waare, alles echter Sozialismus. In-
direkte Steuern sind sozialistisch, Abwälzung der Haftpflicht auf
die Krankenkassen ist sozialistisch, Erhöhung der Offizierspensionen
ist sozialistisch, Polyzisten sind sozialistisch, neue Regimenter sind
sozialistisch — alles ist sozialistisch.
Ein reizendes Spiel, nicht wahr? Und die Pfänder, die hat
natürlich nicht der Ausrufer zu zahlen, die zahlen, wie überall
die Dummen, die auf seinen Ruf hineinfallen.
Alles heilsame ist sozialistisch! Das ist der Köder, auf den
diese bei den nächsten Wahlen anbeißen sollen. Sollen wir
darüber jubeln oder dagegen protestieren? Wir denken, Beides.
So stolz wir einerseits auf diesen Erfolg unserer Agitation
auch sein können, so haben wir doch andererseits allen Grund,
gegen diesen Mißbrauch unseres guten Namens energische Ver-
wahrung einzulegen, uns dagegen zu wehren, daß der ehrliche
Begriff Sozialismus für so zweifelhafte, oder vielmehr für so
unzweifelhaft nichtsozialistische Dinge in Anwendung gebracht
wird. Unterlassen wir das, so liegt die Gefahr sehr nahe, daß
die gesellschaftlich erzeugte Verschwommenheit über das Wesen des
Sozialismus schließlich auch noch in die Kreise der Arbeiter ein-
dringt.
Nimmer wieder auf's Neue müssen wir betonen, daß das
Wort Sozialismus ein historisch entstandener Begriff ist, das
auch nur in dieser historisch entstandenen Bedeutung ge-
braucht werden darf, das heißt als Bezeichnung für die Um-
wandlung der heutigen privatkapitalistischen Produktion in die
gesellschaftliche, planmäßig geregelte, für die Umwandlung des
heutigen Privateigentums an Grund und Boden und Arbeits-
instrumenten in gesellschaftliches Eigentum, und somit für die
Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch

den Menschen. Das Eingreifen des Staates in die privat-
wirtschaftlichen Verhältnisse ist erst dann sozialistisch, wenn es
nach diesem Ziele hin geschieht. Eine Maßregel z. B., welche
das Privateigentum an Grund und Boden „von der einen Hand
in die andere gehen“ läßt, ist in keiner Weise sozialistisch — so
nützlich sie zu ihrer Zeit auch gewesen sein mag.
Es ist eigentlich einer der besten Wäpfe der Geschichte, daß
nachdem man uns früher immer den albernen Vorwurf gemacht
hat, wir wollten theilen, sich heute, vier Jahre nach Schaffung
des Sozialistengesetzes, der Mann, der dieses infame Gesetz vor
Allen betrieben, der damals von „verbrecherischem Wahnsinn“
gesprochen hat, vom Ministerstuhl herab dem deutschen Reichstag,
und durch diesen dem deutschen Volke das Theilen — wenn
auch nur zu seinen demagogischen Zwecken — als soziales Heil-
mittel anpreist. Man höre nur:
„Wir werden den Bedürfnissen auf dem Gebiete des Sozia-
lismus reformirend entgegenkommen müssen, wenn wir dieselbe
Weisheit beobachten wollen, die in Preußen die Stein- und
Hardenberg'sche Gesetzgebung bezüglich der Emanzipation der
Bauern beobachtet hat. Auch das war Sozialismus, dem Einen das Gut zu nehmen und dem Andern
zu geben, ein sehr viel stärkerer Sozialismus als das Mono-
pol. (Bruder Bauer, beiß' an!) Ich freue mich, daß es so ge-
kommen ist, daß man diesen Sozialismus geübt hat; wir
haben dadurch einen sehr wohlhabenden, freien Bauernstand er-
halten, und ich hoffe, wir werden mit der Zeit Ähn-
liches für die Arbeiter erreichen.“
Was meint Ihr dazu, Proletarier? Das ist einmal ein
Mann, der es gut mit Euch meint! Aus Eurer Mitte heraus
einen sehr wohlhabenden, freien — sagen wir, Unternehme-
rstand entwickeln, ist das nicht verlockend? Und wie einfach
das Rezept ist! Man nimmt den Einen und gibt den Andern:
man theilt. Einen Vorgeschnack davon liefert Euch die Steuer-
reform; die nimmt den Grundbesitzern die unbequeme Grund-
steuer ab und gibt Euch dafür — indirekte Steuern. „Das
ist auch Sozialismus!“
Damit wäre denn das bequeme Auskunftsmittel gefunden,
welches für alle sozialen Schäden Heilung schafft. Man taucht
irgend eine alte verborbene Flüssigkeit um und klebt ein neues
Etiquett auf: Sozialistische Tropfen.
Die herrschenden Klassen sind entzückt, daß ihnen das Ding
so wenig Schmerzen macht, sie finden den Sozialismus gar nicht
so übel, und dem Volk macht man weiß, daß es das Ziel seiner
Wünsche erreicht hat, daß nun die Zeit des Sozialismus ge-
kommen ist. Daß es allmählich auch hinter diesen Schwindel
kommen wird, daß sich die „sozialistischen Tropfen“, soweit sie dem
Volke nicht direkt Schaden zufügen, sehr bald als Tropfen auf
den heißen Stein erweisen, die kaum niedergerathen, in nichts,
in Luft verpuffen, das thut nichts zur Sache. Bis das Volk den
Schwindel merkt, ist schon wieder ein neuer ausgeheckt, der den
alten vergessen macht. Darum also vorläufig: Es lebe der
S-ozialismus!
Es gibt ein Gesetz gegen Lebensmittelfälscher, die Münz- und
Banknotenfälschung wird mit Zuchthaus bestraft, wir haben ein
Marken-, ein Patentschutzgesetz, aber gegen Ideenfälschung gibt
es keinen Schutz, es steht jedem hergelaufenen Puschler auf dem
Gebiete des öffentlichen Lebens frei, seinen Schwindel mit irgend
einem Namen, der in der öffentlichen Meinung guten Kurs hat,
zu belegen. Es gibt nur ein Mittel gegen solchen Unfug, und
das ist ein energischer Protest von Seite der Geschädigten, und
darum erheben wir immer wieder auf's Neue unsere Stimme
gegen den Mißbrauch, der mit dem Worte Sozialismus heute
von Oben her betrieben wird.
Es gibt nur einen Sozialismus, und das ist der der demo-
kratische; seine Grundlage ist die Beseitigung der Ausbeutung,
des heutigen Lohnsystems. Wo dieses Fundament fehlt, ist auch
kein Sozialismus vorhanden; was sich als Sozialismus ausgibt
ohne es zu sein, ist ganz gemeiner Schwindel.
Freuen wir uns, daß man zu diesem Mittel gezwungen ist,
um der sozialistischen Agitation in ihrem fleißigen Vorwärts-
bringen entgegenzuwirken, aber vergessen wir nicht, den Schwindel
als solchen zu brandmarken, dem Volk einzuprägen, daß es nie
vergeßt, nachzuforschen, ob das, was ihm als Vogel angepriesen
wird, auch Flügel hat.
Haifische können nicht fliegen, und Ausbeuter werden ihr Lebtage
keine Sozialisten.
Vor Bauernfängern wird gewarnt!

Verbrecher an Recht und Menschlichkeit eine heilige Pflicht ist. Das
Volk muß die Feinde kennen lernen, welche es sich zum Beruf machen,
seine Vorkämpfer zu mißhandeln, zu vergewaltigen, zu — verrathen.
An der Spitze dieser schändlichen Gesellschaft steht in Posen der
Staatsanwalt Müller. Dieser Mensch ist, was Willkür, Graus-
samkeit und — Ehrlichkeit anbelangt, würdig, türkischer Pascha oder
Staatsprokurator zu werden. Müller, der neben seinem Amt die Leitung
des Gefängnisses hat, hat unsere Freunde, noch als sie in Unter-
suchungshaft saßen, auf das Grausamste zu quälen gesucht. Er
gab gegen sie den Befehl aus: die Mörder, Räuber, Einbrecher,
Sozialdemokraten und andere Verbrecher auf's Strengste zu
überwachen und bei Tag wie bei Nacht ständlich deren Zellen zu
überwachen. Daraufhin wurde die ganze Nacht hindurch Gas in den Zellen
gebrannt, infolge dessen die Gefangenen bald von Augenentzündung und
Reißkopfleiden heimgesucht wurden.
Die Prügelstrafe ist bekanntlich aus den Gefängnissen offiziell verbannt,
an ihre Stelle sind die berüchtigten „Stockprügel auf den Magen“ ge-
treten. Aus dem Maße, in welchem diese, für unsere Kultur und
falsche Humanität — aber nicht falsch im Sinne der Herren Prügel-
pädagogen — bezeichnende Maßregel zur Anwendung kommt, erfährt man,
was die Heter im Grad leisten werden, wenn Lortz und Peitsche
noch herrschen. Unter dem Regiment und auf Anordnung des Herrn
Müller wurde den Gefangenen wegen der geringsten Verstöße gegen
das mit äußerster Raffinerie ausgearbeitete Reglement die Kopf-
strafe. Auf solche Weise gelang es Müller im vergangenen Jahre,
12,000 Mark an der Kopf zu er-sparen, welche er als getreuer Beamter
nach Berlin schickte. Das Geld kam mit einem Lobesbrief, der die
Hundemorde folgen soll, zurück, unter der Anweisung, es in Remun-
eration für die Unterbeamten u. s. w. zu verwenden. Die Unterbeamten
haben indeß nur etwas davon zu sehen bekommen, Müller und einige
obere Gerichtsbeamten haben es in ge-eigneter Weise zu verwenden
gewußt. Ueberhaupt ist in Posen nahezu die ganze Gesellschaft künstlich
und nicht ganz à la Rusland.
Dem „Wahrer des Rechts“ stehen würdig zur Seite die „Anwälte des
Rechts“; die Advokaten halten mit Polizei und Staatsanwaltschaft
„Stange“ und spielen mit vertheilten Rollen die heilige Komödie
„Kampf um's Recht“. So fing am Eröffnungstage der Verhandlung,
kurz vor Eröffnung derselben, der Advokat Fahlke (nach vorheriger
Verständigung durch Augenwinkeln mit einem Polizeinspektor) ein Ge-
spräch mit Frau Jantowska über die Aktenakte an und fragte die An-
geklagte um ihre Ansicht. Der Polizeinspektor aber stand auf dem
Balken, um zur Vernehmung geeignete Anführungen sofort zu notiren.
Der Advokat La Biscar, der Verteidiger Traskowski's, bekam eine
Antwort auf einen hinausgeschmuggelten Brief desselben in die Hände,
und sein Erstes war, sie sofort dem Untersuchungsrichter
anzuzeigen.
Bei solchen Gefinnungen ist es nur zu begreiflich, daß das Gericht mit
der preussischen Regierung an Liebediensten schändlicher Art für den
russischen Despotismus weiterleitet. Frau Jantowska und Mich-
ailowski wurden vom Untersuchungsrichter in Gegenwart eines russischen
Spions vernommen, und zwar über lauter russische Angelegenheiten.
Später sagte der Untersuchungsrichter mit zynischer Offenheit: dieses
Protokoll ist nicht für das Gericht, sondern lediglich für Rußland.
Der Spion wohnt in Posen und nennt sich: Baron Frank-
enberg von Dobrowski.
Der Gipfel der Zuspätschiebung ist es, daß es jetzt Regel ist, die
Auslieferung aller russischen Gefangenen ohne
Ausnahme Rußland anzubieten! Und wenn es nicht Ruß-
land selbst wäre, welches meist auf die Auslieferung verzichtet, so wären
die deutschen Gerichtshöfe thätlich nur die Vorhöfe der russischen. An
Knechtlichkeit der Gefinnung sind die meisten ja den russischen noch
weit über.
Einer unserer verurtheilten Genossen, der zu einem Monat Haft
verurtheilt gewesen, Zigarettenarbeiter Krausnicki, der 1863 am
polnischen Aufstand theilgenommen hatte, ist in der That an Rußland
ausgeliefert worden. Ist eine größere Schmach denkbar?
Wie die Leser schon erfahren haben werden, sind unsere Genossen
Wendelsohn, Janiszewski und Traskowski der größeren Sicherheit halber
nach Pödensee übergeführt worden; sie waren mit Ketten belastet und
hatten doppelte und dreifache Bewachung. Daß in Pödensee die schönen
Tage, wie sie Pöden in seiner „Bastille“ mit sehr überflüssiger Offenheit
(Er hat ja selbst dafür büßen müssen. Ann. d. Red.) schildert, läßt sich
mehr vorstellen, ist bekannt. Das „Hotel zum fremdlichen Wirth“ ist für
politische Gefangene das, was für gemeine Verbrecher das Zuchthaus
ist. Ja, es ist noch schlimmer, der Zuchthausleiter leidet nicht die Seelen-
qualen, welche die schneidigen Beamten durch falsche Nachrichten, Dro-
hungen u. s. den politischen Gefangenen zufügen wissen. Ueber dieses
Thema bei anderer Gelegenheit.
O deutsches Volk, wann wirst du einmal deine Bastillen säubern!

Briefe aus dem Reichstage.

Berlin, 16. Juni.
Bekanntlich hat der deutsche Reichstag eine Kommission niedergesetzt,
um die Krankenkassen- und Unfallversicherungsvo-
lage für das Plenum vorzubereiten. Diese Kommission hat einen
großen Theil ihrer Arbeiten schon erledigt und wird bei Wiedereröffnung
im Herbst dem Reichstag ihre Beschlüsse unterbreiten.
Die Manchestermänner im Reichstage, die Fortschrittler und Sezessio-
nisten, haben nun bei der Frage, ob der Reichstag vertagt oder geschlos-
sen werden solle, gegen die Vertagung gestimmt, um dadurch die Vorlage
bezüglich der Krankenkassen und der Unfallversicherung zu verschleppen.
Wenn der Reichstag nämlich geschlossen worden wäre, so würde die bis
jetzt geleistete Arbeit der Kommission einfach in den Papierkorb geworfen.
Wenngleich nun auch unsere Abgeordneten mit den vorliegenden Kranken-

Verbrecher-Album.

Nachträgliches zum Prozeß unserer polnischen
Genossen.
Von einem zuverlässigen Freunde geht uns folgender Bericht zu, den
wir nicht anders als im Verbrecher-Album abdrucken können:
Die Verhandlung, welcher unsere Freunde in Posen ausgeführt waren, ist
eine so außerordentlich infame, daß eine Befreiung der betreffenden

lassen- und Unfallversicherungsentwürfen durchaus nicht einverstanden sind, so ist es aber im höchsten Interesse der Arbeiter gelegen, wenn diese Entwürfe so schnell als möglich einer eingehenden Debatte unterliegen. Manche in denselben enthaltenen Gedanken sind entschieden zu verwerfen, besonders die gegenseitige Verpflichtung der Krankenkassen. Dann aber können auch Verbesserungsvorschläge zu den Vorgesetzten in ausgiebiger Weise gestellt werden. Aus dem Verhalten der „wahrhaft“ Liberalen aber geht hervor, daß dieselben trotz ihrer arbeiterfreundlichen Phrasen lediglich darauf bedacht sind, die gegenwärtigen Zustände beizubehalten und somit der Ausbeutung der Arbeiter jeden Vorbehalt zu leisten.

Die Monopolberatung in zweiter Lesung hat durch das Eingreifen „Otto's des Streiflichtigen“ in weiteren Kreisen großes Interesse erregt.

Alle Parteien haben in die Debatte eingreifen können, da man volle vier Tage zur Erledigung des Gegenstandes brauchte. Es war eine Lust, zu hören, wie der „totwidme“ Reichskanzler die Herren Liberalen und Fortschrittler abfanzelte und in bekannter Unerschämtheit sich selbst als den einzig wahren Repräsentanten des Volkes hinstellte.

Ungemein lahm waren die Entgegnungen der Abgeordneten Bamberger und Richter. Beide verhielten sich nimmer zum tausendsten Male den äußeren Reichskanzler, während sie ihrer Unzufriedenheit mit dem inneren Reichskanzler nur matten Ausdruck verliehen.

Ist so einseitig kann man diese beiden Leute doch nicht halten, daß sie nicht wissen sollten, daß gerade durch die Verherrlichung des äußeren Bismarck der jetzt innere so geworden ist, wie er ist. Diefem Gedanken gab Genosse Hasenclever (aus dessen Rede wir in nächster Nummer die bemerkenswerthen Stellen zum Abdruck bringen werden. Num. d. Neb.) ganz besonders Ausdruck, indem er unter großer Heiterkeit des Hauses erklärte, daß jeder Mensch das Resultat seiner Erziehung sei, und daß die Liberalen durch ihr fortwährendes Bücken und Ducken sich diesen Reichskanzler erzogen hätten, und zwar zu einem Halbgott, der sie nimmer mit Keulenschlägen traktire.

Uebrigens ist es auch ungemein albern, die „äußeren“ Verdienste Bismarck's den Himmel zu erheben; der Mensch hat lediglich Glück gehabt. Wäre bei Königgrätz die preussische Armee geschlagen worden, und es war nahe daran, so würden dieselben Liberalen denselben Bismarck einen Esel nennen, die ihn von da ab gleich einem Eseln verachtet haben.

Der sozialistische Redner erklärte, daß die Sozialdemokraten gegen das Tabakmonopol stimmten, weil dasselbe nicht sozialistisch sei, wäre es sozialistisch, so würden sie, trotzdem Bismarck es darbiere, natürlich für dasselbe stimmen.

Auf den Appell Bismarck's an den Patriotismus des Reichstags, erwiderte Hasenclever, daß der Kanzler das Vaterland mit der gegenwärtigen Reichsregierung verwechselte. Das Vaterland liebten auch die Sozialdemokraten, um so mehr, je unglücklicher und geknechteter es sei, aber ein Reich, in dem Ausnahmegerichte, Militarismus, Volkswirtschaft, kurzum bürgerliche Herrschaft, sei kein Vaterland, sondern eine Kabinetsmutter für die solchermaßen Geschickten und Geknechteten. Mit Polizeiwirtschaft aber würde man nimmermehr die Menschen zum Patriotismus erziehen.

Bismarck-Bamberger hatte mit großem Pathos die Erklärung abgegeben, durch die Abkehrung des Monopols schützten die Liberalen ein Stück bürgerlicher Freiheit — dieser selbe Mensch will die bürgerliche Freiheit schützen, der für das Sozialistengesetz gestimmt hat. Diese selbe Annahme wies Hasenclever mit der Erklärung zurück, daß Bamberger sich nur versprochen habe, es müsse anhalt bürgerlicher Freiheit heißen: bürgerliche Ausbeutung.

Die ganze Beratung des Monopols war eine für die Sozialdemokratie äußerst nützliche und interessante: terminus caudat — wenn sich zwei in den Haaren liegen, freut sich der Dritte. Und dieser Dritte, die Sozialdemokratie, gab solcher Freude auch genügenen Ausdruck.

Da über den Antrag der Monopolkommission nach der endgültigen Verwerfung des Tabakmonopols noch besonders abgestimmt werden mußte, war es notwendig, daß die sozialdemokratische Fraktion auch zu diesem Antrag Stellung nahm. Richtig man sich nun dafür entscheiden, daß unter den gegebenen Verhältnissen für den Antrag zu stimmen war, so war es doch angeht die Fassung desselben dringend geboten, dieses Bistum zu motiviren. Ein Blick auf den Antrag der Monopolkommission — bekannter unter dem Namen „Resolution Eingen's“ — wird das sofort zeigen. Derselbe lautet oder lautet:

Der Reichstag wolle beschließen:
1) Den Gesetzentwurf, betr. das Reichstabakmonopol, in allen seinen Theilen §§ 1-72, abzulehnen;
2) zu erklären:

Daß nach der erst durch Gesetz vom 16. Juli 1879 erfolgten Erhöhung der Tabaksteuer eine weitere Belastung und Beunruhigung der Tabakindustrie um so mehr anzuhaltbar erscheint, als die vorhandenen und in Zunahme begriffenen Einnahmen, sowohl im Reiche als auch in den Einzelstaaten, bei angemessener Sparsamkeit vorwiegend Mittel bieten, die öffentlichen Bedürfnisse zu befriedigen und bestehende Rängel in der Steuer- und Zollgesetzgebung auszugleichen.

Unsere Vertreter einigten sich über folgende Erklärung, die im Namen der Fraktion von Weiser verlesen wurde:

In Bezug auf den Kommissionsantrag erklären wir: daß wir für den ersten Theil desselben, der das Reichstabakmonopol einfach ablehnt, ohne Vorbehalt und Zusatzbemerkung stimmen können.

Den zweiten Theil des Kommissionsantrags können wir jedoch nicht anders als unter ausdrücklichen Vorbehalt annehmen. Der Vorbehalt, daß sowohl im Reiche als in den Einzelstaaten, bei angemessener Sparsamkeit hinreichend Mittel zur Befriedigung der öffentlichen Bedürfnisse vorhanden seien, stimmt mit unseren Anschauungen nicht überein. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß es sich keineswegs allein darum handeln sollte, unter Beibehaltung der herrschenden Regierungsgrundsätze verhältnismäßig geringfügige Ersparnisse zu machen, sondern durch Aenderung des Systems die gegenwärtigen Staatsausgaben im großen Maßstabe zu beschränken, hauptsächlich dadurch, daß der herrschende Militarismus durch ein völkerrichtiges Wehrsystem ersetzt wird. Ferner sind wir der Ansicht, daß zur Befriedigung der öffentlichen Bedürfnisse Mittel gehören, über deren Umsatz von vornherein nicht gerichtlich werden kann, die wir aber bewilligen würden, wenn wir von der Ehrlichkeit und Zweckmäßigkeit der betreffenden Maßregeln überzeugt wären. Dabei halten wir für notwendig, zu betonen, daß wir unter Befriedigung der öffentlichen Bedürfnisse die radikale Aufhebung des Wasserzolls durch Befreiung der kapitalistischen Produktion und unter wirksamen Bürgschaften der politischen und persönlichen Freiheit verstehen.

Wir stimmen trotz dieser Auffassung für den ganzen Kommissionsantrag, weil er die Grundlage, welche sich die Regierung für ihre sogenannten Reformen gewollt hat, das Monopol, an das entscheidende abtheilt; weil er sich, wenn auch nur andeutungsweise, gegen die Mittel zur Ausführung dieser Maßregeln: die sogenannten indirekten Steuern, lehnt, die wir gleichfalls als ungerecht und gemeinschädlich verwerfen; und weil wir in ihm überhaupt ein Misstrauensvotum gegen das ganze bis herige Regierungssystem erblicken.

Am Freitag, am letzten Sitzungstage, kam auch die Interpellation Grillenberger wegen der Spitzel gegen die sozialistischen Abgeordneten zur Sprache. Dieselbe lautete:

„Welche es im Auftrage der Reichsregierung oder der preussischen Regierung, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags, sowie mit ihnen verkehrende Personen durch geheime Agenten der Bekämpfung in der subversivsten Weise

auf Schritt und Tritt verfolgt und überwacht werden? Und was gekostet die Reichsregierung zu thun, um die Würde des Reichstages und die betreffenden Mitglieder des Hauses gegen diese Behandlung zu schützen?“

Grillenberger zog in seiner bekannten Manier ganz gehdrig vom Leder und geistete mit feinsten Worten die niederträchtige Art und Weise, mit der er und seine sozialistischen Kollegen von Madai's Spitzhunden auf Schritt und Tritt verfolgt, abgeschuldet und belästigt werden. Er drohte ganz offen mit rückwärtsloser Selbsthilfe, wenn dieses Standalöse Treiben nicht ein Ende nehme.

Herr von Bötticher, als Regierungsvertreter, wußte von gar nichts und erwartete den Gegenbeweis. Die Reichsregierung hat einen Auftrag, die sozialistischen Abgeordneten zu verfolgen, nicht gegeben, ich kann daher dem Herrn Interpellanten nur raten, einen solchen Mann einmal zur Feststellung seiner Persönlichkeit zu veranlassen und eventuell bei der preussischen Polizei bezw. Regierung im Inzanzanweg Beschwerde zu führen. Diese kaudalose Antwort wurde von Vasser (Liberal), Gänther (Fortschritt) und Frohme als in jeder Beziehung ungenügend bezeichnet, und von allen drei Rednern die Spitzelerei scharf verurtheilt.

Puttkamer, der Vorgesetzte und Mitschuldige Madai's, hatte es vorgezogen, während der ganzen Debatte über diesen Gegenstand, sich in irgend einem Nebenraum des Hauses zu verkriechen, erst als sie vorüber war, erschien er wieder. Was Neuland war übrigens das gleiche. Er und seine Helfershelfer waren ganz gehdrig bloßgestellt worden, und durch sein Zerubleiben hat er nur sein schlechtes Gewissen dokumentirt.

Die unverblühte Eröpfung unserer Genossen, sich eventuell selbst zu helfen, hat übrigens doch gefruchtet. Am Tage nach der Debatte hielten sich die Madai'schen Schweighunde in respektvollster Enghaltung. Die Sozialdemokratie kann mit dem Verlauf der gegenwärtigen Session zufrieden sein.

Unsere Vertretung im Reichstage.

Im Nachstehenden geben wir aus verschiedenen Neben unserer Abgeordneten Anzettel nach dem stenographischen Bericht, da für vollständigen Abdruck derselben uns der Raum mangelt.

Am 9. Juni nahm bei Gelegenheit des Antrags Schmidt auf Herabsetzung der Jölle für Westgarn Genosse Stolle Gelegenheit, die ganze neue Wirtschaftspolitik Bismarck's zu kennzeichnen.

Wir entnehmen seiner Rede folgende Stellen:

„Meine Herren, es ist sogar von einem anderen Redner, es war der Abgeordnete Lenschener (Eisleben), damals läßt behauptet worden, daß durch dieses neue Wirtschaftspolitik des Herrn Reichskanzlers sogar die Arbeitslöhne gestiegen wären. Dieser Herr führte unter anderem an, und zwar aus dem Bericht des Bochumer Vereins für den Bergbau und die Stahlfabrikation, daß die dortigen Arbeitslöhne vom Jahre 1877, wo sie 912 Mark betrugen, im Jahre 1881 auf 900 M. Durchschnittslohn gestiegen seien.“

Dieser Bericht hat nun auch einzelne meiner Freunde veranlaßt, sich bei den Arbeiten des dortigen Werks zu erkundigen, ob denn wirklich ein so gewaltiger Aufschwung eingetreten ist und ob eine Verbesserung der Arbeiterverhältnisse eingetreten sei, und hat man gerade das Gegenteil erfahren, wenn auch zugestanden werden muß, daß ein etwas größerer Export stattgefunden hat. Aber zunächst muß mit vollem Recht konstatiert werden, daß der Arbeitslohn nicht um einen Pfennig besser geworden ist. Man hat da, wo die Arbeiter im Hüttenwerke im Tagelohn standen, eine oder zwei Stunden mehr Arbeit zu leisten. Wo sie so auf Stück arbeiteten, hat man so zu sagen etwas mehr Arbeitskraft aus den Arbeitern herausgepreßt. Der Arbeitslohn hat im Jahre 1878/79 pro Kopf 900 Mark betragen, dagegen im Jahre 1881/82 884 Mark. Nun, meine Herren, durch die Ueberanstrengung der Arbeiter ist es natürlich möglich geworden, daß ein paar Mark mehr verdient worden sind, aber die Stunden hat er nicht besser bezahlt bekommen; ebenso ist der Lohn für die Stückarbeit nicht besser geworden, nur hat der Arbeiter mehr Stückarbeit liefern müssen, ähnlich wie der Mannufakturarbeiter im sächsischen Erzgebirge. Im vorigen Jahre hat der Reichstag eine Erhöhung des Eingangszolles auf ferne Lebensmittel angenommen. Als dies bekannt wurde, sehten die Arbeiter eine leise Hoffnung darauf; sie glaubten, daß auch für sie eine Zeit kommen werde, wo ihre Lage sich verbessern würde. Aber die Arbeiter haben sich sehr schnell geäußert. Man hat die Stückarbeit, die früher eine Länge von 70-80 Ellen hatten, jetzt auf 112-120 Ellen hinaufgeschraubt; man hat zwar für das Stück ungefähr eine Mark mehr Lohn gezahlt, aber wenn man in Betracht zieht, daß die Stücke um 30 bis 40 Ellen länger geworden sind, hat sich der Arbeitslohn nicht verbessert, sondern im Gegentheil noch verringert.

Nun, meine Herren, in Anbetracht dieser Thatfachen ist vollständig bewiesen, daß diese neue Wirtschaftspolitik nicht im Stande ist, unsere Verhältnisse dauernd zu verbessern, auch nicht im kleinsten Maße zu verbessern, wenn man die gesammte Lage in's Auge faßt. Wohl ist hier und da in einzelnen Branchen ein kleiner Aufschwung eingetreten, aber was soll das heißen dem großen Ganzen gegenüber, wenn so viele andere Branchen leiden! Wir haben auch bis jetzt, und namentlich durch diejenige Richtung, die der Schutzpolitik zunächst war, einen Interessenkampf im schärfsten Sinne des Wortes erlebt. Noch bei der zweiten Lesung hier hat man erleben müssen, daß ein Abgeordneter, der zugleich Rittergutsbesitzer und Großfabrikant ist, wohl für eine Verringerung des Eingangszolles auf Hartgarn stimmte, aber gegen die Verringerung des Schmalzoll's stimmte, damit seine Arbeiter, die nicht in der Lage sind, sich theure Butter kaufen zu können, doch theures Schmalz kaufen müssen; gerade mit seiner Hilfe ist der Antrag auf Verringerung des Schmalzoll's zu Falle gekommen. Nun, ich kann ja den Namen nennen, es war der Herr Abgeordnete Lenschener (Eisleben). Seine Wähler, die zu Hunderten im Weberstande zu suchen sind, werden sich bei ihm dafür bedanken.

„Ich will nur noch einen Punkt herausgreifen, den der Herr Abgeordnete Lenschener (Eisleben) angeführt hat. Der Herr Abgeordnete sagt, die hohen Getreidepreise, die wir in den letzten Jahren hatten und zum Theil noch haben, stehen nicht im geringsten Zusammenhang mit dem Zoll, sie sind Folgen von Missernten und es kann in der That nicht als richtig angesehen werden, wenn diese Verhältnisse immer und immer wieder dazu benutzt werden, die Schuld von der Erhöhung der Preise auf den so unschuldigen Zoll zu schieben.“

Nun, meine Herren, wenn also der Zoll nicht die hohen Getreidepreise gebracht hat, wie kommt denn direkt dieser Zoll der Landwirthschaft zur Hilfe? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Schutzzölle werden niemals unserer Landwirthschaft helfen, im Gegentheil werden durch sie alle Mittel, die der Landwirth für sich und seine Familie braucht, vertheuert, so daß, wenn er selbst durch die Getreidezölle einen Nutzen bezieht, er auf der anderen Seite viel mehr zahlen muß. Ja, man kann sagen, daß die Thatfachen Alles widerlegt haben, was bis jetzt an Lobreden über die neue Wirtschaftspolitik gehalten worden ist. Ich kann aus voller Ueberzeugung sagen, daß, wenn man wirklich unsere Verhältnisse dauernd besser will, man gründlich brechen muß mit unserer jetzigen politischen und wirtschaftlichen System. Soll es wirklich anders werden, dann, meine Herren, muß ein gründlicher Umschwung geschehen, sonst sind unsere Reden nichts, ist unsere Arbeit ein Hinderniß und wird auch immer ein Hinderniß bleiben.“

Der „Fall Diez“ kam am 10. Juni auf's Neue zur Sprache, und zwar war es Genosse Kasper, der bei dieser Gelegenheit eine Lange gegen den Bundesrath und die deutschen Richter einlegte. Folgende Stellen scheinen uns die bemerkenswerthen, da wir die Einzelheiten über die Verhaftung von Diez als bekannt voraussetzen:

„Der Antrag, welcher von dem Herrn Abgeordneten Hasenclever eingereicht ist, ging dahin, daß die Anklage des Bundesraths über den Beschluß des Reichstags wegen Verhaftung des Herrn Abgeordneten Diez eine unvollständige sei, und daß verschiedenes vom Reichstage Beschlossene nicht die gehörige Erledigung durch den Bundesrathbeschuß gefunden habe. Ich

glaube, daß, wenn einmal der Gegenstand behandelt wird, man immerhin die Frage aufwerfen muß, ob der Bundesrath überhaupt eine Anklage verweigern durfte oder nicht, und ich glaube, das besprechen zu dürfen. Es handelt sich gegenwärtig um kein Gesetz; es wurde nichts anderes gethan, als daß man die Vermittelung des Bundesraths angerufen hat. Bei der Verhandlung dieses Gegenstandes vom 14. Januar 1882 erklärte der Herr Staatssekretär v. Schelling, daß es dem hohen Hause gewiß zuzustehen würde, sich eine Anklage zu erheben, wenn irgendwie die Verfassung vorläge, daß der Immunität (Unverletzlichkeit) der Abgeordneten durch die Verhaftung des Abgeordneten Diez zu nahe getreten sei. Diese Anklage ist erheben worden durch die Form des Beschlusses des Reichstags; eine Anklage ist aber durch den Beschluß, den der Bundesrath gefaßt hat, gar nicht gegeben worden, — er hat uns seine Vermittelung verweigert; und daß der Immunität des ganzen gesetzgebenden Körpers nahe getreten ist, das glaube ich später noch durch die detaillierte Darstellung des Vorgangs beweisen zu können.“

„Wenn man sich die Thatfachen vergegenwärtigt, so muß man sich sagen, daß es schon die Würde des Reichstags erfordert, diesen Gegenstand näher zu erörtern, und daß eben aus der Behandlung heute der Grund gefunden werden kann, späterhin bestimmte Anträge zu formuliren. Man glaubt so oft die Würde des Reichstags verlegt, wenn Mitglieder die Anklage beantragen, wenn Kommissionen nicht lange genug über Regierungswürde verhandeln; ich halte es aber für weit schlimmer an der Würde des Reichstags gefehlt, wenn man den einzelnen Abgeordneten, ohne Rechtsgründe zu haben oder überhaupt ohne nach den Bestimmungen der Verfassung sich zu richten, pöblich verhaftet und ihn so verhindert, seiner Pflicht, hier an den Sitzungen Theil zu nehmen, nachkommen zu können.“

Der § 31 der Reichsverfassung ist im vorliegenden Fall verletzt worden und er schafft kein Privileg für den einzelnen Abgeordneten, sondern für den ganzen Reichstag. Er soll eben ein Schutz gegen Verwahrung während der Sitzungperiode sein, und dieser Schutz ist gewiß sehr gering.“

„Ich erlaube mir nur beiläufig zu bemerken, daß wir den einzigen Arbeiterabgeordneten des Zentrums, den Abgeordneten Siebel, vermissen müssen, weil er im Gefängnis gehalten wird auf Grund eines rechtskräftigen Erkenntnisses, und daß die sonst so starke Partei des Zentrums sich noch nicht veranlaßt gesehen hat, irgend etwas für die Freilassung ihres Gefangenen zu thun, damit er mitarbeiten kann und die Ansichten der katholischen Arbeiter rein hervortreten. Außerdem sind ja unsere Privilegien im Vergleich zu denen des Reichskanzlers außerordentlich gering; wir können kurz vor und nach der Session verhaftet und eingesperrt werden; wir können nicht, wie der Reichskanzler, das eine Mal hinter den Beamtenposten, das andere Mal hinter den Militärposten uns verstecken, um uns vor Verhaftung zu wahren.“

Der Fall Diez erfordert auch deshalb ganz besondere Erwägung, weil das ganze Verfahren, wie es damals gerichtlich erhoben wurde, niedergeschlagen werden mußte. Der Vertreter der Bundesregierung, Herr von Bötticher, hat uns damals gesagt, es müßte hochverrath vorliegen, eine solche pöbliche Verhaftung könne bei einer gewöhnlichen Verletzung des Ausnahmgesetzes gar nicht eintreten. Es hat sich aber tatsächlich nur gebandelt um eine Verletzung verbotener Druckschriften, und es hat sich herausgestellt, daß überhaupt gar keine strafbare Handlung vorliegt, daß einfach der Reichstag eines Amtsrücktritts, dienlichstehende Prüfung des vorliegenden Materials, der sogenannten „Uebersetzungskasse“, dahin geführt hat, daß mitten während einer Reichstagsession ein Reichstagsabgeordneter durch eine Verletzung eines noch abendends nicht kompetenten Richters in Haft gehalten wurde.“

„Es fehlt nun völlig an einer Anklage des Bundesraths, ob der Herr Reichskanzler irgendwie einen Versuch gemacht hat, die Sache zu prüfen, ob nicht disziplinarisch oder strafrechtlich gegen den Stuttgarter Amtsrücktritte eingeschritten werden müsse. Der Herr Staatssekretär von Schelling ist leinseitig von soviel Rednergeißel getragen gewesen, hier ausdrücklich zu sagen, daß die Frage geprüft werden müßte, ob die Verhaftung nach § 31 zulässig wäre oder nicht, und er hat dann beigestimmt.“

Und wenn der Amtsrücktritte, der den Haftbefehl erlassen, gegen das Gesetz gefehlt hat, dann ist der Disziplinarweg oder strafgerichtliche der geeignete, der von dem Gesetz geforderte Weg.“

Das ist das, was der Herr Staatssekretär uns als Vertreter des Bundesraths erklärt, und darum können wir uns nicht mit der Anklage befriedigt erklären, die gegeben worden ist. Die gewöhnliche Abkennung des Beschlusses genügt nicht; es hätte uns gesagt werden müssen: was ist geschehen, hat der Amtsrücktritte recht verfahren, oder müßte eine disziplinarische oder Strafhandlung gegen den Amtsrücktritte eintreten?“

„Ich werde nun, da ich weitere Ausführungen nicht machen kann, und das ganze Haus sich bei dieser Frage seiner Zeit durch den Beschluß im Ausnahmestadium interessiert hat, der ja fast mit zwei Dritteln Majorität angenommen worden ist, einen selbständigen Antrag einbringen, und ich hoffe dann nicht nur auf die Unterstützung für den Antrag, sondern ich hoffe auch noch, daß er trotz unserer schwierigen Verhältnisse hier zur Verhandlung kommen wird.“

„So wie ich jetzt beschränkt bin, ist es unmöglich, das wichtige Interesse, welches das ganze Haus an diesem Fall hat, genügend erörtern zu können, ich glaube nur; das eine muß noch hervorgehoben werden, daß der Reichstag sehr wohl ein Interesse daran hat, die heut in Tage so ungeheuer stark aufstrebende Annahme des deutschen Richterthums etwas zu dämpfen, (siehe richtig!)“

und wenn der Fall Diez dazu beiträgt, dann entspringt aus diesem nicht nur ein Vortheil für den Schutz unserer Privilegien, sondern für die ganze Nation, weil hoffentlich unsere Richter daraus lernen, bescheidener und gesünder aufzutreten.“

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)
Präsident: Ich kann nicht zulassen, daß der Herr Abgeordnete den deutschen Richterthum beschuldigt, nicht gesünder zu verfahren; ich muß den Herrn Abgeordneten wegen des heftigen Ausdrucks zur Ordnung rufen.“

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 21. Juni 1882.

„Proletariat, vergeß Euer Todten nicht! Mit diesem Mahnruf wollen wir die heutige Rundschau beginnen. Es sind die Junkkämpfer von Paris, deren wir am Jahrestage ihrer Niedermegehung mit denselben Gefühlen gedenken, welche uns erfüllten, als wir zum ersten Male von denselben erjahren. Mit Bewunderung und Liebe gedenken wir Eurer, Ihr tapferen Proletariat, die Ihr Euer Leben für die Ehre schenkt, um die Republik, welche Ihr in den Februartagen des Jahres 1848 erkämpft, und der Ihr drei Monate des Elends geopfert hattet, zu einer wirklichen, zu einer sozialdemokratischen zu gestalten. Ihr sah Euch getränkt, vertrauen von der Bourgeoisie, die durch Euch an's Ruder gekommen war. Sie hatte ihr Ziel erreicht, sie sah im Satire und beiste sich, Euch den Fußtritt zu geben. Euch zu sagen: ich brauche Dich nicht mehr! Da erjähre Euch Verzweiflung, noch einmal steigt Ihr auf die Barrikaden, — aber Euer Feinde hatten wohl erwartet, was sie thaten, sie hatten den Kampf vorbereitet, und die Soldaten der „Ordnung“ marschirten, aufgeführt durch geistlich verbreitete Lügen, kampfsüchtig gegen Euch, Ihr „Soldaten der Verzweiflung“. Drei Tage wehret Ihr Euch heldenmüthig, bis Ihr besigt am Boden liegt, mit Euch die Republik. Euer Feinde warteten triumphirend in Eurem Blute, mit teuflischer Grausamkeit mißhandelten sie Diejenigen von Euch, die ihnen lebend in die Hände gefallen waren. Deportation und Bagno waren das Schicksal Eurer Ueberlebenden.“

Eine Ermahnung aber sei uns Euer Gedanktag, daß Eure Niedermegehung noch nicht gesühnt ist. Euer Mörder daß zwar größtentheils gleichfalls das Grab, aber die Klaffe, welche Euch ermordet ließ, welche nach Verlauf kann eines Menschenalters in der blutigen Kamme das menschliche Warden in verstärkter Auflage wiederholt, die Bourgeoisie,

ist noch immer am Ruder, die Republik, für die Ihr Euer Leben hingabt, in der es keine Herrscher mehr und keine Beherrschte, keine Ausbeuter und keine Ausgebeutete gibt, die Republik, in der die Worte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit keine Lüge sind, diese Republik gilt es noch immer zu erringen.

Und doch wir im Kampf für diese Republik nicht nachlassen, alle Opfer, die er uns auferlegt, freudig tragen, dazu begeistert uns Euer Gedächtnis, Ihr „siegenden Beschlagnemen!“

— Ja, unsere Sache ist unbesiegbar, unüberwindlich die Sache des Proletariats. Ob man, wie in Frankreich, seine Vorkämpfer niedermetzelt, ob man sie, wie in Deutschland, in Roth und Glend hinausjagt, immer treten sich neue Streiter in die Lücken, immer wieder sehen sich unsere Gegner einer neuen, kampfbereiten Armee gegenüber. Die Nachrichten, welche uns aus dem gefährdeten Punkte in Deutschland, aus Berlin, zugehen, erfüllen uns mit hoher Begeisterung, mit freudiger Siegesgewissheit. Unsere wackeren Genossen in Berlin sind unerschrocken auf dem Posten und wo immer sie nur können, legen sie ihr tapferes Zeugnis dafür ab, daß sie fest und unerschrocken zur rothen Fahne halten.

Am Sonntag, den 11. Juni, sollte im Saale des Handwerkervereins eine allgemeine Versammlung der vereinigten Gewerkschaften stattfinden, um die bekannte Resolution zu Gunsten des Normalarbeitertages zu beraten. Schaarenweise strömten die Berliner Arbeiter nach der Sophienstraße, denn schon hatte sich das Gerücht verbreitet, daß unsere Abgeordneten in der Versammlung anwesend sein würden. Aber auch der Vorstand des Handwerkervereins hatte so etwas gemerkt und daher — echt liberal! — beschlossen, seinen Saal nicht herzugeben, sondern zum Schutze desselben Polizei requiriert, die auch sofort, und zwar in berittener und unbewaffneter Form, zur Stelle war. Die Arbeiter fanden das Lokal verschlossen, aber sie machten nicht Reklame, sondern in kaum einer halben Stunde hatten sich mehr als fünftausend Menschen in der Sophien- und Rosenthalerstraße angesammelt. Und als unsere Abgeordneten Fröhne, Grillenberger, Kasper, Liebknecht und Vollmar erschienen, da brachen die Massen, unbefürchtet um geheimen und uniformierten Polizei, in ein mächtiges „Hoch die Sozialdemokratie!“ aus. Die zwei größten Lokale der Rosenthalerstraße waren im Augenblicke von unseren Genossen besetzt, und alsbald erklangen die Marschlieder und andere sozialistischen Lieder. Wir halten aus! riefen die Arbeiter unseren Abgeordneten zu, wir lassen Euch nicht im Stich! Und als es Zeit zum Scheiden war, geleiteten sie sie bis zur Droschke — Vollmar muß bekanntlich fahren — und schieden von ihnen unter fortgesetztem Hoch!

Der Eindruck war auf alle Beteiligten ein überwältigender, die Passionen auf der Straße — es war Sonntag und in Folge der Eröffnung des Schützenfestes sehr belebt — sammelten sich gleichfalls in erheblicher Zahl an und gaben ihr Erfahren und vielfach auch ihre Sympathie deutlich zu erkennen, die Lokalberichterstatter sprachen einstimmig von einer „großen sozialdemokratischen Demonstration“ — mit einem Wort, unsere Berliner Genossen haben wieder einmal gezeigt, daß sie, wo es darauf ankommt, wacker ihren Mann stellen.

Und wir glauben im Namen aller aus Berlin Ausgewiesenen und Hinweggemehrten, aller Derer, welche in Berlin mitgewirkt, zu sprechen, wenn wir der wackeren Besatzung in der Hauptstadt des deutschen Reiches ein dreifaches Hoch! zurlaufen.

Bravo, Ihr unerschrockenen Kämpfer!

— Eine historische Erinnerung. Also die Stein-Gardenberg'sche Gesetzgebung bezüglich der Bauernemanzipation war Sozialismus, meint Bismarck! Daß diese Analogie nur mittels eines Mißbrauchs des Wortes Sozialismus möglich ist, ist in unserem Leitartikel nachgewiesen worden, wir wollen uns nicht weiter damit beschäftigen. Aber die Emanzipation der Bauern war zu ihrer Zeit unvollständig etwas Gutes, und darum ist es ganz interessant, an die Umstände zu erinnern, unter denen sie damals vor sich ging. Denn Bismarck sich nämlich „heute freut, daß es so gekommen ist“, so war das seine Zeit durchaus nicht die Ansicht seiner Standesgenossen. Die preussischen Junker waren damals gar nicht erfreut, daß es so gekommen war, sie boten vielmehr Alles an, um die Bauernemanzipation zu hintertreiben, und als ihnen das nicht gelang, sie wenigstens so viel als möglich zu beschränken, den Bauern und dem Staat dabei das Fell über die Ohren zu ziehen. Mit „dem Einen geben, dem Andern nehmen“ hatte es nämlich keine ganz eigene Bewandnis; so wie Bismarck die Geschichte hinstellt, ist sie nämlich nicht hergegangen, die Bauern haben für ihre „Emanzipation“ ganz gehörig bezahlen müssen.

Aber sie wurde doch bewerkstelligt. Nehmen wir das Postulat hin und fragen wir lieber: unter welchen Umständen wurde sie bewerkstelligt?

Die Antwort lautet: Infolge der französischen Revolution und — Jena!

Die französische Revolution hatte den mächtigen Anstoß gegeben, in Frankreich war die Emanzipation der Bauern auf revolutionäre Wege erfolgt, unter dem Rufe: „Friede den Hülften, Krieg den Palästen!“ hatten die wackeren Jacques den „Seigneurs“ so eindrucksvoll die Nothwendigkeit ihrer Emanzipation gepredigt, daß diese entweder ganz und gar davonließen oder, um im Lande bleiben zu können, „hochherzig“ auf ihre Privilegien verzichteten. Es waren zum großen Theile die besetzten Bauern, die das reaktionäre Europa, welches die „Ordnung“ in Frankreich wiederherstellen wollte, zum Lande hinaustrieben, sie bildeten die Kerntruppen der napoleonischen Armeen, und sie waren es, welche im Jahre 1806 bei Jena die preussische Armee, welche noch immer von dem Rufe Friedrich's II., von den glorreichen Siegen bei Rossbach und Jena her, so stolz in die Platte hielten, doch es mit der ganzen Herrlichkeit des „herrlichen Krieges“ total vorüber war.

Erst nachdem es bei Jena geschlagen war, und auch da noch sehr widerwillig, ließ sich das preussische Königthum herbei, die Bauernemanzipation in die Hand zu nehmen.

Wir sind Bismarck sehr dankbar, aus dieser Thatsache in's Gedächtnis gerufen zu haben, in einer Rede, deren strenger Refrain darauf hinauslief: Nur die Hohenposten haben ein Herz für das Volk!

— Aus Leipzig, 16. Juni, schreibt man uns: Der Belagerungszustand ist todt, es lebe der Belagerungszustand! wird in wenigen Tagen, wenn das erste Jahr des „Kleinen“ herum ist, die Lösung sein. Alle Gefahr für den „Kleinen“ ist glücklich beseitigt. Der Staat, das heißt der Belagerungszustand, ist gerettet — Dank der staatsrechtlichen Evidenz unseres Richters und unserer Richter.

Von der Erbärmlichkeit des G. a. s. habe ich bereits erzählt. Enders und Raucher sind der demagogischen Verlogenheit dieses Lumpen zum Opfer gefallen. Die Sache hat aber vor dem Gerichte noch ein recht hübsches Nachspiel gehabt. Auf die Denunziation des Hans hin wurde ein hiesiger Schriftsteller angeklagt, Geld für Parteizwecke gesammelt und den „Sozialdemokraten“ überreicht zu haben. Zum Glück hatte aber der Hans seine Denunziation so ungeschickt gemacht, daß er selbst angeklagt werden mußte. Der Prozeß, welcher vor etwa 14 Tagen zur Verhandlung kam, hatte nun kuriosen Verlauf. Der Hans verwickelte sich in allerlei Widersprüche, kompromittirte die Polizei empfindlich, indem er behauptete, daß er Geld von ihm für Denunziationen erhalten habe (er gestand 4 Mark ein, was wohl nicht Alles ist — indes, unsere Polizei zählt mitunter sehr schlecht); kurz, ritt sich und seine Polizeigegner so herein, daß das Gerichte den Denunzianten wegen verbotenen Sammelns zu 4 Wochen Gefängnis verurtheilte, den Denunzierten dagegen freisprach.

Daß das Gerichte in diesem Falle der staatsrechtlichen Polizei nicht die gewöhnlichen Handlungsdienste geleistet, so zeigte es sich acht Tage später des Vertrauens der Polizei um wärdiger. Es handelte sich um

die auf Grund von Privatdenunziationen und Polizeiklausuren gegen die Parteigenossen Künzel, Lausche und Apisch erhobene Anklage des Geldsammelns für Parteizwecke. Die Geldsammlung wurde unumwunden eingeräumt. Aber das Geld war für die Familien der Ausgewiesenen gesammelt worden, und das ist denn doch nichts Strafbares. Soweit sind wir noch nicht. Leider beging einer der Angeklagten, der sich der Nothwendigkeit, den Zweck der Geldsammlungen scharf zu präzisieren, nicht genügend bewußt war, die allerdings unvermeidliche Unvorsichtigkeit, im Verhör zu sagen, der Betrag der Sammlung sei für die Ausgewiesenen — statt für die Familien der Ausgewiesenen — bestimmt gewesen. Und hieran klammerten sich Ankläger, Schöffen und Richter, und alle drei Angeklagten wurden schuldig befunden und Künzel und Lausche je zu 2, Apisch zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt.

Natürlich haben die Verurtheilten appellirt, das wird ihnen jedoch sehr wenig helfen; jedenfalls werden sie, sobald ihre Haftzeit zu Ende ist, aus Leipzig und Umgegend ausgewiesen, d. h. in ihrer Existenz ruiniert werden.

Die Thatsache dieser Verurtheilung kennzeichnet so recht die Nichtwichtigkeit unserer herrschenden Zustände und Personen.

Ich sage ausdrücklich und wohlüberlegt: Personen. Denn es ist absolut notwendig, daß wir die Zustände persönlich nehmen und uns auch die Personen unserer Verfolger halten. Doch nun zur Verurtheilung.

Weshalb erfolgte dieselbe?

Weil nach „Feststellung“ des Gerichtes für die Ausgewiesenen Geld gesammelt worden war. Das gesammelte Geld sollte zu ihrer Unterhaltung verwendet werden. Daß sie, richtiger: viele von ihnen, der Unterhaltung bedürftig sind, ist unabweisbar. Viele der Ausgewiesenen sind notorisch durch ihre Ausweisung existenzlos gemacht, in das größte Elend veretzt worden. Wer diese Unterhaltungsbedürftigen unterstützt, erfüllt eine einfache Menschspflicht. Und für die Erfüllung dieser Menschspflicht 1 Monat, 2 Monate Gefängnis! Und das in einem Staate, der sich „Rechtsstaat“ und „christlicher Staat“ schimpft; zu einer Zeit, wo das „praktische Christenthum“ von der Reichsregierung und auch speziell von der sächsischen Regierung zum leitenden Staatsgrundgesetz proklamirt worden ist.

Zwischen den Worten und Thaten, welcher Kontrast! Läßt die niederträchtige Verlogenheit unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung sich drastischer zum Verstand bringen!

Sage man nicht: „Die Richter sind unschuldig, sie waren an das Gesetz gebunden. Richtet Euren Zorn gegen das Gesetz!“

Gegen das Gesetz richtet sich allerdings der Zorn, aber nicht ausschließlich und nicht in erster Linie. Die Gesetze fallen nicht vom Himmel. Sie sind das Werk von Menschen — Menschen, welche die heutige Weltordnung vertreten, unsere Unterdrücker und Ausbeuter sind.

Und die Richter gehören ihrerseits zu der heutigen Weltordnung! Es ist wahr, daß sie für die Gesetze nicht direkt verantwortlich sind und daß sie in ihrem Urtheilspruch an die Gesetze gebunden sind. Allein ebenso wahr ist, daß der Richter auch über dem Gesetze steht und demselben, wenn es seinem Menschen- und Rechtsgefühl widerspricht, durch Freisprechung oder mildes Urtheil die Spitze abbrechen kann. Auf dem Richterstuhl soll nicht geist- und herzüberdender Buchstabenglaube sitzen, sondern vor Allem: Menschen- und Rechtsgefühl.

Und Urtheile, wie das gegen Künzel, Lausche und Apisch treten Menschen- und Rechtsgefühl mit Füßen.

Wenig — der Belagerungszustand muß verlängert werden, und man bräuhle „Gründe“.

Ein weiterer Prozeß schwelgt gegen einen der ältesten und treuesten Genossen: Laute, der angeklagt ist, für den „Sozialdemokraten“ einen Artikel geschrieben zu haben.

Man sieht — Polizei und Richter sind hier sehr thätig. Herr Richter, aus Chemnitz, läßt es an Eifer nicht fehlen. An Stelle des humanen Reinhold Nachfolger des unglücklichen Bauisch, dem das Sozialistengesetz zum Sorgnamt wurde, ist ein rüchsigstoller Streber, Namens Hoffeld, zum Kriminalkommissar ernannt worden, ein Individuum, dessen Thätigkeit nur durch seine Verfolgungswuth übertrieben wird. Kurz, Herr Richter thut sein Möglichstes, um die inhumanen Berliner und Chemnitzer Polizeipraktiken nach Leipzig zu importieren.

Der Mann hat auch Erfolg. Wir wollen ihm im Vertrauen mittheilen, daß der „Sozialdemokrat“, der hier vor Verhängung des Belagerungszustandes 189 Abkommen hatte, heute deren 340, also beinahe die doppelte Zahl, hat! Noch ein Jahr des „Kleinen“ und wir werden Herrn Richter — falls er bis dahin nicht verstorben ist — mit 600 aufwarten.

— Brauchen wir es noch zu erwähnen? Die sächsische Regierung ist beim Bundesrath um die Erlaubnis eingekommen, den „Kleinen“ über Leipzig und Umgegend verlängern zu dürfen, und der Bundesrath, nett wie immer, hat ihr diese Erlaubnis bereitwillig erteilt.

Die Dynastien sind es heute, welche den Reichsgedanken hochhalten, sagt Bismarck. Er hat Recht. Sie treten ihm aus der Hand und apportieren auf Kommando. Es sind wohldefinierte Ha-Isponder.

— Ein Reichstagsabgeordneter ohne Obdach. Gegen seinen unserer Genossen werden die Ausweisungsparagrafen in so schamloser Weise gehandhabt als gegen unsern Genossen Max Kasper. Aus Dresden, aus Chemnitz, aus Jwidaun, aus Leipzig, aus seinem Wahlkreise Freiberg-Saaischen, von Ort zu Ort hatte man in Sachen unsern Genossen auf Grund der verrotteten sächsischen Polizeigesetze vertrieben, als er sich schließlich nach Dresden wendete, wo seine Familie wohnt. Aber siehe da, noch während er im Reichstage sitzt, erhält er einen Liebesbrief der Dresdener Polizei, wonach er auf Grund des § 22 des Sozialistengesetzes nach Stadt und Bezirk Dresden ausgewiesen wird. Dieser famose Paragraf lautet:

„Gegen Personen, welche sich die Agitation für die in § 1, Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen (sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische) zum Zwecke machen, kann im Falle einer Verurtheilung wegen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 17—20 (Theilnahme an einem verbotenen Verein, Sammlungen u.) neben der Freiheitsstrafe auf die Zulässigkeit der Einschränkung ihres Aufenthalts erkannt werden.“

Da die Verurteilung in der Zeit, während welcher Kaiser seinen Pflichten im Reichstage nachkam, erlassen wurde, so scheint der Polizeipalast von Dresden anzunehmen, das diabolische Digen im Reichstage sei ein Geschäft. Ob diese polizeiliche Denkweise dem „Sinn“ des § 22 entspricht, ist übrigens eine sehr müßige Frage. Derselbe heißt die Auslegung dem Verleihen der Polizei anheim, von Sinn oder Unsinn kann also keine Rede sein, sondern lediglich von der niederträchtigen Anwendung eines niederträchtigen Gesetzes.

So mag denn Genosse Kasper seine Obduktion durch das deutsche Reich weiter antreten, vielleicht findet er noch in Mecklenburg oder Schanenburg-Lippe, den verrufensten Reaktionsländern, die Unterkunft, welche ihm die „Rechts“Staaten verweigern.

— Also doch! Genosse Bedel ist am 15. Juni in Dresden thatächlich wegen Bundesratsbesetzung, begangen durch Verhöhnung des Sozialistengesetzes, zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. In den „Urtheilsgründen“ heißt es: „Obwohl man ein Gesetz an und bedient man sich dabei verächtlichmüthiger Ausdrücke, so beleidigt man, auch ohne eine geschwehene Körperlichkeit namhaft zu machen, den Gesetzgeber, als welcher sich im vorliegenden Falle der Bundesrath ansetzt.“

Nach diesem famosen Erkenntnis würde in Zukunft jede Gesetzeskritik in Deutschland unmöglich gemacht.

Bezeichnenderweise befindet sich unter den Nachern dieses Erkenntnisses auch der saubere Herr Raugold. Bedel hatte diesen konfessionellen Agitator, der ein gegen ihn gerichtetes, überaus geschäftiges Wahlungsblatt unterzeichnet hatte, als „nicht unbefangenen“ zurückgewiesen, der Gerichtshof Raugold aber doch zugelassen, weil derselbe das Flugblatt „unbesehen“ — ein Landgerichtsrath! — unterschrieben habe.

Eine recht hübsche Illustration des obigen „Rechtspruches“!

— Das staatsgefährliche Reichsgericht. In Hannover ist die dort erscheinende Zeitschrift „Hans und Welt“ wegen Abdrucks eines Erkenntnisses des Reichsgerichtes verboten worden.

„Der Wiederabdruck solcher Sätze“, heißt es im Verbot, „ist geeignet, Unzufriedenheit bei den Lesern zu erregen und die Eintracht der Bevölkerungsklassen zu gefährden.“

Ost un Comble! Das ist der Gipfel polizeilicher Unversöhnlichkeit. Das Gerichte hat nicht einmal soviel Scham, einen ausländigen Grund für seine niederträchtigen Handlungen vorzulegen. Jeder beiseitige Vorwand ist ihm recht, und der Umstand, daß in dem Erkenntnis des Reichsgerichtes eine Stelle aus einem Wahlaufsatz wiedergegeben war, genügt ihm, nicht nur die betreffende Nummer zu konfiszieren, sondern das wegen seiner unabhängigen Haltung ihm misliebige Blatt vollständig zu unterdrücken.

So schuldig dieser Vorwand auch ist, so ist er eben doch nichts anderes als ein Vorwand. „Hans und Welt“ wurde in Arbeiterkreisen hart gelesen; ohne mancherlei zu sein, kritisirte es scharf die bismarckischen Steuerprojekte — das genügt. Es mußte verboten werden.

— In der Tabakmonopolfrage hat sich wieder einmal recht deutlich gezeigt, daß unsere „großen“ politischen Parteien vollkommen unfähig sind, der jetzigen Reaktionswirtschaft wirksam zu steuern. Nachdem sich die Majorität durch ihre Vertreter in der Kommission fast einstimmig zu einem Mißtrauensvotum gegen das bismarckische System aufgeschwungen hatte, verlor sie plötzlich, als ihr die Konsequenzen dieses Beschlusses klar wurden, den Muth, und — brach eigenhändig ihrem Mißtrauensvotum die Spitze ab.

Das Monopol wurde zwar mit überwältigender Majorität abgelehnt und dadurch Bismarck eine schwere Niederlage beigebracht, aber vor der Folge der Niederlage durch die Feigheit und Charakterlosigkeit seiner Gegner demarrirte.

Unsere herrschenden Klassen sind nicht einmal mehr im Stande, die einfachsten Grundzüge der bürgerlichen Freiheit zu verwirklichen und die absolutistischen Geheile eines verbotenen Junkers unschädlich zu machen. Der Rekrus wird nur durch die Sozialdemokratie erfolgen können.

— Von den Anträgen unserer Reichstagsabgeordneten — die Grillenberger'sche Interpellation zählt nicht als Antrag — konnte nicht einer mehr zur Verhandlung kommen. Nach Ablehnung des Tabakmonopols war der Reichstag nicht mehr zusammenzubekommen. Alle diese Anträge — der Lieblich'sche zur Abschaffung aller Ausnahme-gesetze steht an der Spitze sämtlicher Privatentwürfe — gelangen nach der Vertagung, in der Reihenfolge wie sie gestellt worden sind, zur Verhandlung.

— Stieber im Reichstage. In neuester Zeit sind, wie der Abgeordnete Dr. Dohrn am 16. Juni im Reichstage konstatierte, im Zimmer der Wahlforschungskommission mehrmals höchst wichtige Wahlfakten zeitweilig verschwunden, die, wie konstatiert wurde, in der Zwischenzeit den Regierungskreisen zur Einsicht vorgelegen haben müssen. Wir sind darüber in keiner Weise entrüstet, der Brief- u. -Dichthaus wird in Preußen-Deutschland seit Jahren mit immer größerer Schamlosigkeit betrieben, so daß es durchaus beissam ist, wenn die schuftige Diebsbande endlich da einbricht, wo ihr schimpfliches Gewerbe bisher beschützt, ja ganz offen geblüht wurde. Also nun immer so weiter, Ihr königlich preussischen Spitzbuben!

— Das verfluchte Einmaleins! Herr Bitter, der Nachfolger Hobrecht's, ist den Weg aller preussischen Finanzminister gegangen. Trotz besten Willens war es ihm nicht möglich, die großartigen Steuerpläne seines „genialen“ Herrn und Reichers gegen das verfluchte Einmaleins zu vertheidigen, weshalb er mittels eines kräftigen Fußtrittes aus dem Ministerium hinauspedirt wurde. Wie es heißt, soll Monopol-maur sein Nachfolger werden. Der hat in der Kommissionsverhandlung gezeigt, daß er vor nichts zurückweicht, namentlich wenn er sein gebrühtes Quantum „Hohbräu“ hinter die Binde gegossen hat.

Gelingt auch diesem das Kunststück nicht, größere Einnahmen zu erzielen und dabei noch den Kreditor abzuschaffen, so geben wir seinem Herrn und Meister den Rath, ein Ausnahmegesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der vier Spezies“ zu beschließen und alle Rechen-bücher in Deutschland zu verbieten! Versuchen Sie es einmal, Durch-lauter, sind ja sonst auch nicht blöde!

— Prinz Karl von Preußen, der sich jüngst das Bein gebrochen, wird in verschiedenen Zeitungen als großer Raucher vor dem Herrn dargestellt. Gewöhnlich raucht er zwanzig Zigarren im Tage und manchmal drei in gleicher Zeit aus einer Spitze mit drei Oeffnungen. Diese Bringen, sagt hierzu die „Bataille“, sind doch stets über die anderen Sterblichen erhaben. Prinz Karl zum Beispiel ist schon gar kein Rauch mehr, sondern ein preussischer — Rauchfang.

— Pressefreiheit in der bürgerlichen Gesellschaft. Da die Landener „Freiheit“ nach den letzten Auflagen in ganz London keinen Käufer finden konnte, der den Druck — nicht den Satz! — ihres Blattes übernehmen wollte, so hat sie ihr Weiterverbleiben vorläufig einstellen müssen. Diesem Schicksal ist natürlich jedes Blatt ausgesetzt, welches sich die Ungnade der Kapitalherren zuzieht und über seine eigene Druckmaschine verfügt!

— Oesterreich. Wozu die Polizei gut ist. Die Affaire der unglücklichen jungen Schauspielerin Dama in Dalmatien, welche von dem Grafen Condoupe verführt, dann sammt ihrem Kinde verlassen wurde und in Folge dessen sich den Tod gab, bildet jetzt hier das allgemeine Gesprächsthema. Daß der Herr Graf sich schneide, eine „Widerrath“ eingehoben, ist seine Sache; vielleicht hätte er Recht, ein ehrenhaftes Mädchen paßt nicht hinein in die durch und durch korrupte Aristokratie Oesterreichs. Aber der edle Graf bezugte sich nicht damit, das Mädchen zu verführen; er wollte sie auch **erbrechen**.

Und zu diesem Zwecke diente ihm die Polizei. Noch vor der Entbindung im Herbst vorigen Jahres bekam Fräulein Dalmont eine amtliche Vorstellung von einem Polizeikommissar in Döbling, und als es diesem nicht gelungen war, durch brutale Drohungen seinen Zweck zu erreichen, erfolgte eine weitere Vorstellung vor dem Polizeirath Landheiner, dessen Fabelhaftigkeit und Feigheit beim Ringen mit dem Tod von 380 Menschen zur Folge hatte.

Dem wehrlosen Mädchen gegenüber legte der edle Hüter von „Ehre und Recht“ eine ganz andere Energie und Kontraste an den Tag. In seinem Bureau, in voller Uniform, also als Amtsperson, und nicht, wie man beschönigen möchte, als „guter Freund“ der gräßlichen Familie, suchte er durch alle möglichen Mittel von dem Mädchen eine schriftliche Erklärung dahingehend zu erpressen, daß Graf Condoupe nicht der Vater ihres Kindes sei. Dafür bot er ihr 4000 Gulden.

Fräulein Dalmont schreibt darüber in ihrem letzten Willen: „Denn ich diese Weise antrat, ließ mich Graf Franz von einem Polizeikommissar in Döbling vorladen, der mich beleidigte, so daß ich gezwungen war, mich zu meinem Schutze an einen Advokaten zu wenden. Dann in Wien vor Herrn Landheiner, der in der Folge mir viel artiger war, viel größer aber in der Sache selbst.“

Er bot mir nämlich 4000 fl. an, wenn ich eine schriftliche Erklärung ausstelle, daß Graf Heinrich Coudbert nicht der Vater meines Kindes sei. Ich wies diesen Vorschlag mit Entrüstung zurück.

In dieser ganzen Angelegenheit haben weder Vater noch Sohn begriffen wollen, daß eine Frau fallen kann, ohne daß sie deshalb aufhört, hundert zu sein.

Ich ging nach Florenz und lebte nach der Geburt des Kindes nach Wien zurück. Jetzt hat mir Graf Heinrich selber Geld an, wenn ich mich zur Lüge verkenne und seine Vaterschaft leugne.

Dieser Schimpf ist mehr, als ich ertragen kann. Mir noch nach der Geburt meines Sohnes vorzuschlagen, daß ich das Leben dieses unschuldigen Geschöpfes in dieser Weise bemalte (ich spreche nicht von meinen eigenen Gefühlen, denn ich jähle hier auf Erden nicht mehr) — das ist zu viel! — Seine Geburt ist zwar illegitim, aber sie ist nicht schimpflich.

Und das 17-jährige Mädchen gab sich lieber den Tod, ehe sie auf einen so schimpflichen Handel einging.

Wir wissen aber jetzt, warum Landweiser, derjenige Angeklagte im Ringtheaterprozess, dessen Schuld am klarsten zu Tage lag, freigesprochen wurde; einen so verwerflichen Beamten durfte man nicht jagen lassen. Man hätte ihn überhaupt nie angeklagt, wenn nicht die Volkstimme sich drohend gerade gegen diesen Beamten gewendet hätte, so daß das Kerges zu beschämten stand, wenn man ihn, den guten Freund des Erzbischofs Albrecht, nicht durch die spanische Wand der Gerichtskommode geschützt hätte.

Wir wissen aber auch, wozu die Polizei gut ist: Prossende Ausbeuter der Mehrforderungen verhungender Arbeiter zu bewahren, hochgestellte Wühlkinder bei der Entehrung wehrloser Mädchen zu unterstützen — das ist ihre hohe Aufgabe. Die Polizei ist die gefügige Handlangerin der großen Schurken, das Lehren aus Dür und Ratie Daimont.

Korrespondenzen.

— Augsburg. Es ist schon lange her, seit von Augsburg und Umgebung etwas im Parteiorgan zu lesen war, ich will daher heute den Beweis liefern, daß es sich bei uns auch noch regt, trotz Sozialistengesetz und Hungerpeinliche. Seit Erlaß des berühmten Fabrikantenurteils vom Juli 1878, wonach jeder Arbeiter verpflichtet war, bei Strafe der Entlassung sich nicht nur jeder sozialistischen Tätigkeit zu enthalten, sondern auch keine sozialistische Zeitung zu lesen, war es bei uns, als wäre der Belagerungsstand proklamiert, denn es kam in Folge des gesagten Urteils und der dadurch entsefelten Demonstrationen soweit, daß die meisten Fabrikarbeiter sich nicht mehr getrauten, mit einem bekannten Sozialisten auf der Straße oder im Wirthshaus beisammen zu sein, weil sie von einem Mitarbeiter gesehen und denunziert, in Folge dieses „schrecklichen Verbrechens“ ihren Platz einbüßen würden. Daß wir unter solchen Umständen — die Polizeipladereien nicht gerechnet, denn diese sind ja dumme — mit unserer Bewegung nicht recht vorwärts kamen, läßt sich denken, und die letzte Reichstagswahl lieferte aufschneidend den Beweis, daß unsere Partei hier bedeutend kleiner geworden sei. Heute nun habe ich einen Fall zu berichten, der beweist, daß die größten Gewaltmaßregeln mit der Zeit ihren Schrecken verlieren. Seitdem nämlich die sozialistische Agitation öffentlich verboten ist, sorgen andere Leute dafür, daß die zur Abschaffung der bestehenden „Ordnung“ so notwendige Unzufriedenheit gesteigert wird, was folgender Fall beweist: In der mecklenburgischen Baumwollspinnerei und Weberei dahier haben nämlich am Dienstag den 23. Mai d. J. ca. 700 Weber die Arbeit eingestellt. Die Ursache war, daß man einen neuen Kohlentarif einführen wollte, der angeblich eine bessere Regelung der Löhne und Abschaffung des Prämienwesens bezweckte, in Wirklichkeit aber nichts weiter war, als eine Reduzierung der Löhne von durchschnittlich 2—3 Mark pro Jahrling (14 Tage). Sobald der genannte Tarif in den Arbeitsstätten angehängt war, stellten sämtliche Weber und Weberinnen ihre Stühle ab und sammelten sich vor dem Comptoir, wo man ihnen bedeutete, sie möchten nur an die Arbeit gehen, es würde schon geregelt werden; allein sie antworteten: *Serant Fro m e l* mag her, vorher wird nicht gearbeitet. Derselbe befand sich in der eine Viertelstunde von genannter Weberei entfernten und in dieser gehörigen Spinnerei; bis derselbe herbeigeholt wurde, begaben sich die Arbeiter in den Hof und erwarteten ihn. Nach seiner Ankunft erklärte genannter Herr, daß er vor Mittwoch Mittag keine Antwort geben könne; die Leute sollten einweisen weiter arbeiten. Doch die Arbeiter, welche die Schandthaten der Polizei beim letzten Streik der böhmischen Kohlenarbeiter noch zu gut im Gedächtnis hatten, und welche wußten, daß es seit Erlaß des Sozialistengesetzes bei uns immer mehr „herreichlich“ zugeht, gingen nicht darauf ein, denn sie fürchteten, andern Tags würde Polizei und Militär requiriert werden, um die Arbeiter zu verhindern, die Fabrik zu verlassen. Ob sie Recht hätten, mag man daraus beurtheilen, daß als Tags darauf die Arbeiter sich wieder vor dem Fabrikhof versammelten, um die versprochene Antwort zu hören, Herr *Serant Fro m e l* erklärte, er könne hier nicht verhandeln und den verblüfften Arbeitern den Rücken wendend, sich entfernte. Doch diese waren wegen dieses Einschüchterungsversuches nicht erschrocken, sondern lehrten sänftlich — mit Ausnahme der Weiber oder sonst abhängigen Leute — wiederum der Fabrik den Rücken. Als man nun seitens des Direktoriums sah, daß sich die Arbeiter durch leere Nebenarten nicht einschüchtern ließen, und der Polizei — welche sich ausnahmsweise bei dieser Gelegenheit anständig betrug — keinen Anlaß zum Einschreiten gab, wurden selbigen Abend zwei Meister beauftragt, mit den Streikenden Fühlung zu suchen und ihnen zu sagen; sie möchten eine Deputation von ca. 20 aus das Hauptcomptoir schicken, damit die Direktion mit diesen unterhandeln könne. Als nun am andern Morgen früh 8 Uhr sich sämtliche Arbeiter versammelten und die betreffende Deputation wählten, wurden diese 20 Mann vom *Serant Fro m e l* empfangen und nach längerer Disputation die Forderung der Arbeiter: Wochenscheine des alten Kohlentarifs, Halten der ganzen Mittagspause, bewilligt. Es war bis dahin allerdings jedem Arbeiter freigestellt, die Mittagspause zu halten oder nicht, aber indirect waren sie gezwungen, zu arbeiten, denn diejenigen, welche nicht jede Minute ausnützten, machten wenig Prämie, und da die Meister ihren Lohn von den Prämien haben, so gaben diese solchen Arbeitern, welche ihre freie Zeit genossen, auch schlechtere Arbeit. Außerdem wurde noch vereinbart, daß jeden Samstag Abend 6 Uhr Feierabend zu machen sei. Die Sache ist somit zu Gunsten der Arbeiter entschieden, und der Eindruck, welchen dieser Sieg macht, ist für die ganze Arbeiterschaft Augsburger ein wohlthätiger.

Sie wussten sich vielleicht wundern, daß bei dieser Gelegenheit der Unterhandlung zwischen Arbeitern und Direktorium von keinem Direktor die Rede ist. Nun, die Sache ist einfach so: Der betreffende Herr Direktor ist erst seit einem Monat in genannter Fabrik und hat sich in dieser kurzen Zeit bei den Arbeitern schon so beliebt gemacht, daß sich die ganze Wuth derselben bei dieser Gelegenheit gegen ihn lehrte, so daß er sich bei der Unterhandlung gar nicht zu betheiligen getraute. Dieser saubere Herr hat nämlich in der zu genannter Weberei gehörigen Spinnerei und Carderie, nebst anderen lebenswichtigen, die Anordnung getroffen, daß bei der eine Viertelstunde währenden Frühstückspause die Arbeiter nicht mehr niedersitzen dürfen, sondern ihr Hungergefühl im Stehen verschlingen müssen. Daß solche Maßregeln, welche die Arbeiter noch unter die Fuchshäuser stellen, sie anspornen, sich ihrer Haut zu wehren, ist begreiflich.

Nun die Haltung unserer Schmutzpresse gegenüber diesem Vorkommniß. In erster Linie trat der Augsburger Monitor, genannt „Abendzeitung“, als Zeitkammer der hiesigen Arbeiter in einem Verläumdungsartikel gegen die Arbeiter auf; dieser Artikel wurde von der „Neuen Augsburger Zeitung“ mit Hinzufügung der gefälligen Stellen reproduziert, worauf die Betheiligten sofort eine Entgegnung an die Redaktion der letztgenannten Zeitung einbrachten, da dies der erste Bericht war, der den Arbeitern in die Hände kam. Die Winkelblätter „Kurier“, und „Neuere Nachrichten“ brachten den Artikel der „Abendzeitung“ nicht nur ganz, sondern bemähten sich extra noch, den Arbeitern Eins anzuhängen und ihre Sache in ein schlechtes Licht zu stellen. Doch diesmal hatten sich unsere Insistenten gewaltig verrechnet. Sie waren nämlich der

Ansicht, daß die „sogenannte öffentliche Meinung“ wie gewöhnlich gegen die Arbeiter Front machen und daß folglich die Berührungspunkte derselben den Zeitungsredaktionen den Beifall der „besseren Gesellschaft“ verschaffen würde. Diesmal täuschten sich die Edlen indes. Unsere Spiegelblätter fühlen nämlich inständig, daß mit der völligen Verarmung der Arbeiter ihre eigene Existenz auch immer prekärer wird, daß, wenn die ohnehin schon erbärmlichen Löhne noch weiter reduziert werden, der Mittelstand auch vollends ruiniert wird. Aus diesem Grunde wurde die Schreibweise dieser Blätter allezeit gemäßigter und die Arbeiter gaben häufig die beiden genannten Blätter, welche sich am schmutzigsten benannt hatten, auf. Da aber doch jeder einigermaßen aufgeklärte Arbeiter die Tagesereignisse wissen will und muß, in Augsburg aber gar kein nur halbwegs freisinniges Organ erscheint, so nehmen sie natürlich höchstens statt der beiden unverschämten Blätter die etwas weniger unverschämte „Neue Augsburger Zeitung“. Zur Aufklärung trägt der Inhalt der letztgenannten nicht viel mehr und nicht viel weniger bei, als der der beiden erstgenannten Blätter.

Bei dieser Gelegenheit war es wohl zum ersten Male, daß mancher dieser freisinnigen Arbeiter — als sie daran erinnert wurden, daß seit dem Eingehen der „Volkzeitung“ kein freisinniges Blatt mehr am hiesigen Plage sei, welches seine Spalten ganz der Bertheiligung der Unterdrückten öffnet — mit Schamröthe im Gesichte daran dachte, daß das einzige Blatt, welches sich der Arbeiter annahm, an dem Indifferentismus derselben zu Grunde ging.

Wie aus dem Vorgegangenen zu ersehen ist, hat sich der Fabrikanten-Umsatz so ziemlich überlebt, und ebenso wird sich das Ausnahmengesetz überleben; bis dahin haben wir zu sorgen, daß ein gesuchter Kern vorhanden ist, der die Kräfte, welche durch die kapitalistische Ausbeutung oder durch polizeiliche Schürkereien den Geschwad an der heutigen Schandwirtschaft gründlich verloren haben, sicher und unerschrocken dem freien Volksstaat entgegenführt.

Nach Beendigung dieses Schreibens erlaube ich noch, daß auch in der Sammelerei von A. Riedinger, der Streife ausgebrochen ist. Details fehlen. Das Nähere später.

— Aus Thüringen. Ueber Thüringen schreibt uns ein Parteigenosse aus der Schweiz, der vor Kurzem daselbst zum Besuche war: Da ich länger als acht Jahre nicht in meiner Heimath war, richtete ich vor Kurzem meine Schritte dahin und zwar über Jngolstadt, Neuburg und Eichstädt in Bayern, wo freilich vom Sozialismus verstanden wenig zu hören und hören war, so sehr ich auch darauf sondiren mochte. Auf meinem Wege heimwärts aber berührte ich auch Erfurt, Weimar und Jena, ja vor Rüdberg und Umegegend, wo ein unferer Sache durchaus günstiger Geist herrscht und ich aus dem Munde „gewöhnlicher“ Leute (also von Nichtsozialisten) viele zustimmende Urtheile hörte, welche von der guten Wirkung unserer Agitation lebhaft Zeugniß gaben.

In meiner Heimath — ich bin vom Dorfe — waren die Bauern zu meiner nicht geringen Ueberraschung ganz entzückt für die — Republik! Die Dorfschulle war bei meiner Anwesenheit ganz überfüllt und lauschte man meinen Worten mit der größten Aufmerksamkeit. In Erfurt fand ich ein besonders gut besetztes Feld. Bei vielen Privatgesprächen, welche ich hatte, wurden die Fenster geschlossen, damit nicht etwa ein Polizist oder sonstiger Horcher und Spizel zuhören könne. Um so deutlicher ging aber dann auch von der Leber. Die Spiegelmacherei macht die einfachsten Leute „rabiat“ und es treibt sie zu Haß und Verachtung, ohne daß wir ein Wort zu verlieren brauchen. Den „Sozialdemokrat“ habe ich überhaupt öfter in Deutschland getroffen als ich erwartet hatte. Sogar unter Kreuzband macht er vielfach seine Runde.

So ich nur halbwegs antommen konnte, habe ich denselben auch in weiteren Kreisen zu lesen gegeben und damit großen Anklang gefunden. Ich bin überzeugt, daß unsere Genossen hier ein dankbares Feld offen haben, zu wirken. Das Thüringer Landvolk besonders muß man nur zu paken verstehen und „Bruder Bismarck“ mit den Agrariern hat ja famos vorgearbeitet. Also immer vorwärts!

— Erfurt. Ende Mai. Vor Kurzem fand ein hiesiger Genosse vor dem Schöffengericht unter der Anklage, sich gegen die §§ 15 und 24 des Sozialistengesetzes vergangen zu haben, wofür er zu 60 Mk. Geldbuße oder 10 Tagen Haft verurtheilt wurde. Gegen dieses Urtheil ist Berufung eingebracht worden. Als bei der Verhandlung unser Genosse nachwies, daß er sich in keiner Weise gegen die obengenannten Paragraphen vergangen, sondern nur gelegentlich für die Familien der Ausgewiesenen einige Gräschen entgegengenommen habe, letzteres aber laut Reichstags- und Bundesrathsbefehl erlaubt sei, da antwortete ihm der Schöffengericht, daß er — das Schöffengericht — Reichstags- und Bundesrathsbefehle gar nichts angingen!

So ist es recht, oder Staatsverräter! Was braucht Ihr auch nach Reichstags- und Bundesrathsbefehlüssen zu fragen. Wo es sich um die Verurtheilung eines der verhassten Ketten handelt, da gibt es nur ein Gesetz für Euch: Es muß Alles verurteilt werden!

Sonstige Spieglerien und Gemeinheiten gibt es hier wie überall. Die Briefpressen, welche unser Oberstaatsanwalt, der aus früheren Prozessen rühmlichst bekannte Erzherzog und Ruder Jesse über 12 Genossen verhängte, hat ebenförmig das gewünschte Resultat ergeben als die Hausdurchsuchungen, mit welchen wir vor dieser Maßregel bedacht worden sind. Unsere hiesige Bewegung schreibt trotzdem rüstig vorwärts, das Parteiorgan wird in ziemlicher Anzahl gelesen.

Daß wir versuchen, unsere Schandigkeit zu thun, beweisen wohl die 20 Mk., welche wir in einem Jahre für die Opfer des Sozialistengesetzes ausgegeben haben, außerdem haben wir noch Geld für Wahl- und andere Zwecke aufgebracht. Das bisher Erreichte soll uns ein Sporn sein, trotz Verurtheilungen und sonstigen Verfolgungen muthig vorwärts zu schreiten!

Durch diese Zeilen möchte ich mir erlauben, bei unseren Genossen in Suhl, Goldlauter und den anderen Orten Thüringens anzufragen, ob sie denn alle todt sind? Warum suchen dieselben sich nicht mit den Erfurter Genossen in brieflichen Verkehr zu setzen? In Suhl und Goldlauter, wo wir früher bei den Wahlen die Majorität hatten, haben wir diesmal nur sieben Stimmen bekommen. Auf alle unsere Briefe und Anfragen haben wir keine Antwort bekommen. Hoffentlich findet sich durch dieses einer der dortigen oder mit dort in Verbindung stehenden Genossen veranlaßt, einmal etwas von sich hören zu lassen.

Sowohl mit dem Rufe: Hoch das Banner! Der Rothe.

— Aus Böhmen, Mitte Juni. Samstag, den 10. ds. war Genosse Bebel in Reichenberg, um, wie alljährlich, seinen Kunden einen Besuch zu machen und Geschäfte abzuschließen. Die Polizei, von seiner Ankunft jedenfalls unterrichtet, empfing unseren Freund am Bahnhofe, ohne sich jedoch ihm direkt vorzustellen und begleitete ihn durch die Stadt. Als Bebel sich in die Expedition des „Arbeiterfreund“ begab, ließ die schreckliche Gefahr, in der das Haus habsburg und Umgebung während der Anwesenheit des bösen Petrolschmelzungs Schwelbe, auf den Gipfel, und einschloffen, den Staat um jeden Preis zu „retten“, ruffte sich unsere Hochwohlwörter auf zur entscheidenden That!

Der Polizeikommissär Knirsch (sonst kein alter Mann) erschien und forderte Bebel auf, sich zu legitimiren. Nachdem dies geschehen, erlaubte er Bebel im Auftrage des Bürgermeisters, die Stunde der Abreise mitzubringen und entfernte sich beruhigt, als er erfuhr, daß Bebel mit dem nächsten Zuge wieder abzureisen in der angenehmen Lage sich befände. Das Vaterland war zum duldendsten Male gerettet und die guten böhmischen Schildeaer konnten ruhig weiterschlafen. Die Arbeiter aber haben recht herzlich gelacht, als sie den Hergang erfuhr.

Ueber die Duxer Affaire habe ich bis jetzt nur so viel erfahren, daß von Ruffig bis Komotau im Ganzen ca. 600 Bergarbeiter (ohne die verhafteten Weiber) während des Streiks verhaftet worden sind. Von diesen wurden, nachdem sie protokollosarisch vernommen waren, 400 per Schub in ihre Heimathsgemeinden geschickt, die übrigen befiel man in Haft und leitete gegen sie die Untersuchung ein. Nach 3—4wöchentlicher Haft wurde wieder eine Anzahl entlassen und per Schub nach Hause geschickt, so daß gegenwärtig noch 100—120 inhaftirt sein dürften. Das Uebrige unter den Bergarbeitern ist riesengroß. **Schnelle Hilfe thut noth!** Wir haben bereits Sammlungen eingeleitet und Geldmittel aufgebracht; es sind aber zuviel Unterstützungsbefürdiger, so daß unsere Kräfte nicht ausreichen.

Nächstens mehr über diese Sache. Mit brüderlichem Gruß! F.

*) Die Redaktion ist bereit, Beiträge entgegenzunehmen und der Administration des Reichenberger „Arbeiterfreund“ zu übermitteln.

— Glasgow. In dem Bericht in Nr. 20 ist irrthümlich H u b e r t F i n k mit unter den Nachschreibern aufgeführt. Derselbe arbeitete zwar weiter, aber nur unter den alten Bedingungen und zeigte bei Bericht zu Gunsten der Arbeiter, was Kabs von vornherein verweigerte. Die Uebrigen, welche unsere Genossen aus der Arbeit drängten, sind junge Leute von 18 und 19 Jahren, sie arbeiten die Woche für 15 Schilling und billiger.

Briefkasten

der Expedition. Mercurius: Nr. 12. — Ab. Juni, Juli, August erh. G. geht nach B. — Fern. J.: Nr. 5. — d. Uds. d. jugew. — E. J. J.: Nr. 10. — pr. Uds. u. Nr. 20. — pr. Wds. d. d. erh. — Rothe Franz: Nr. 10. — a. Cto. erh. In das Reflamirte von H. nun endlich gefunden? H. v. 18/6 freute mit unserer Postkarte. — Kopenhagen: Nr. 5,30 erh. u. hieson Chargé u. Nr. 2,80 P. Beiträge gebucht. — H. J.: H. v. 19. erh. — Agricola: Wsfl. 10. — a. Cto. eingest. — Dank f. Nachr. Wl. mehr. — E. W. Rms.: Nr. — 85 per Rest v. G. erh. Weiteres beachtet. — Peter Waldus: H. v. 16/6 erh. Weiteres erwartet. — E. Werner: Nr. 136,30 Ab. 1. Da u. G. Gehng. gutgebr. H. Röhren. — H. Wsfl. R. J.: Nr. 101,25 a. Cto. Ab. r. gutgebr. — H. Wsfl. London: Nr. 50,40 a. Cto. Ab. Wsfl. erh. Wsfl. d. r. t. hierher. H. Weiteles. — Comynath: Nr. — 60 Coursoff. d. d. erh. Jugl. Dank für Wsfl. i. S. Wl. — H. J. Paris: Nr. 7,50 Ab. 1. 2. u. 3. Da. erh. — Unigenius: Nr. 88,50 a. Cto. am 17/6 erh. H. erwartet. — L. Martin Lawrence: (5 Doll.) Nr. 22,95 a. Cto. Ab. Nr. 2,55 f. d. Uds. d. d. erh. Weiteres beachtet. — Lucius: Nachr. u. 16. ds. d. d. erh. — C. Stiebeling R. J.: H. v. Uds. eingetr. u. besorgt. Bepf. folgt. — B. u. S. Porto-Meier: P. R. u. 23/5 erh. Alles abgef. Erfah am 20/6 fort. 15 Mk. Reis gelten nur Nr. 27,75. Wsfl. Nr. 3,30 dem Uds. weniger gutkommen, als in Nr. 8 quittirt. Sdg. geht ganz regelmäßig ab hier. — Th. v. Btsch.: Witten Exped. d. S. u. Wsfl. nicht zu verwechseln. Ihr Cto. bei der Exped. ist glatt bis Ende 2. Qu. 82. — Silberstein jr.: Nr. 2,50 Ab. 4. Cto. — Ende Sept. durch Jgd. erh. — Bluniger: Nr. 16,20 a. Cto. Sdg. durch Jgd. erh. Sdg. abgg. — G. Wsfl. London: Rechnen mit Zuerst auf Zugesagtes. Wsfl. folgt. — H. J. P. i. S.: Nr. 3. — Ab. 2. Cto. erh. Abdr. vorgeh. — Gebr. Hmbs. St. Louis: Nr. 101,25 a. Cto. erh. Abstr. gewärtigend. Statistik haben wir bar. r. f. g. k. a. u. f. g. e. l. i. e. r. t. e. Wsfl. sich also direkt an Betreger wenden. — Som. befehligen Ragselshmidt: Nr. 3. — pr. Uds. d. d. erh. — H. J. Rchfl.: Wsfl. — 60 f. Sdg. u. Wsfl. erh. — G. E. Wsfl.: Nr. 3. — Ab. 3. Da. erh. Abdr. vervollständigt. — h.: Nr. 50. — pr. Wsfl. erh. Wsfl. Weiteres. Nr. 2,50 a. Cto. gutgebr. — Mitglied. Jhd.: Nr. 10. — pr. Uds. durch E. R. d. d. erh. — Bremer: Nr. 1. — pr. Uds. d. d. verwendet. — P. R. London: P. R. d. d. erh. Weitere Nachr. angenehm. — H. J. Zürich: Nr. 2. — Ab. 3. Cto. erh. — Johannes B.: Nr. 8. — Ab. 2. u. 3. Cto. erh. u. Nr. 2. — d. d. dem Uds. jugew. Neues Geld zu neuen Auflagen ist Vorbedingung. Gruß!

Zürich. Samstag, den 24. Juni, Abends 8 Uhr, im kleinen Saale des alten Schützenhauses

Oeffentliche Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:
Die beendigte Reichstags-Session und die sozialpolitische Lage in Deutschland.
Referent: Reichstagsabgeordneter Vollmar.
Jedermann hat Zutritt.
Der Lokalausschuss der deutschen Sozialisten.

Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

werden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — sowohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegengenommen bei folgenden Filialen:

- Zürich Volksbuchhandlung, Casinostrasse 3, Hottingen. Schneidergenossenschaft, Kuttelgasse 3.
- Basel Deutscher Verein.
- Genf O. Fochner, rue d'Entrepôt 9, IV.
- Paris Albert Vogel, rue des Maronites Nr. 3.
- Kopenhagen K. F. Möller, Klerkegade 7, 2 Sal til Gaden. Ph. Coenen, Dambrüggestrasse 11.
- Antwerpen P. Baum, 2 rue St. Gommaire.
- Gent Jan Flinjaer, Belgradstraat 36.
- Brüssel Bertrand, librairie, Rue du Gazomètre 14.
- Verviers J. Elias, Buchhandlung, 136 rue Spintay. Charles Picreux, 20 rue de Luxembourg, Andrimont.
- Liège I. F. Guery, rue Hors-Château 98
- London Communist. Arb.-Bild.-Verein, 49 Tottenham Street, Tottenham Court. Road, W. H. Rackow, 35 Charlotte Street Fitzroy Square W.
- Glasgow Ernst Köhler, Giebestreet 81, II. F. Jonscher, 335 6. Street. H. Nitsche, 548, 8. Avenue, City. Jos. Strauss, 356 East. 19 Street. A. Höhns, care of „New-Yorker Volkzeitung“, 184 William Street P. O. Box 3560.
- Brocklyn N.-Y. E. A. Engelbrecht, 56 Lorimer Str. E. D. N.-Y.
- Philadelphia W. F. Schmidt, Nr. 613 Callowhill Street, care of Philad. Tageblatt. F. W. Fritzsche, 325 Callowhill Street.
- Chicago Ill. A. Lanfermann, 107 5th Avenue.
- Cincinnati, O. C. Schumann, 16 Mercer Street
- St. Louis Mo. Gebr. Herminghaus, 1805 Franklin Avenue.
- Lawrence Mass. Louis Martin, 35 Park Street.
- Seranton Pa. John Goebel, Maschinist.
- Pittsburg S. S. Pa. Aug. Frank, 110, 18 Street.
- Buenos-Aires Rudolfo Mücke, Calle 25 de Mayo 241.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Schweizerische Verlagsbuchhandlung, Göttingen-Zürich.